

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

10 (6.3.1947)

# BADISCHE Volksstimme

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 10

Mannheim, 6. März 1947

Preis 10 Pfg.

## 10. März — Moskauer Konferenz

# Unsere Taten werden auf der Friedenskonferenz gewogen

Zu den Problemen des Friedensvertrages mit Deutschland sprach in der Landtagssitzung vom 25. Februar für die Kommunistische Partei der

### Abgeordnete Nuding

Im Kampf der Völker um den Frieden hat auch das deutsche Volk seinen Beitrag zu leisten. Nichts ist dabei gefährlicher, als jene Flüsterpropaganda, die auf kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten und der Sowjet-Union hofft. Auf der gleichen Seite wie diese Kriegsspekulanten stehen auch jene, die mehr Vertrauen zu den kapitalistischen Kreisen des Westens haben, als zu ihrem eigenen Volke. Es ist erfreulich, daß der Vertreter der Sozialdemokraten den Pan-Europagedanken, auf den diese reaktionären Elemente ihre Hoffnung setzen, in diesem Sinne abgelehnt hat.

Wir dürfen nie vergessen, daß es in Deutschland die besitzenden Schichten waren, die Hitler großgezogen und den Krieg herbeigeführt haben.

### Aufbau auf neuer Grundlage

Es geht darum, daß wir von einer neuen Grundlage aus mit dem Aufbau beginnen, darin liegt der Anteil des deutschen Volkes in der Herstellung des Friedens und nicht in Biten und Anklagen, die leere Redensarten bleiben. Wenn wir wieder so, wie nach dem Ausgang des ersten Weltkrieges, beginnen, so müssen wir naturgemäß zu dem gleichen Resultat kommen. Nur wenn wir solche Bedingungen schaffen, daß die fortschrittlichen Kräfte in der Wirt-

schaft und im Staate bestimmen, dann werden wir das Vertrauen der Völker gewinnen.

Die Geschäftsreisenden der deutschen Syndikate und Konzerne aber erwarten Hilfe nur von Denen und wollen sich deren Vertrauen erwerben, die in Deutschland Geschäfte machen wollen und dafür einen Partner brauchen.

Wenn wir den Friedenshoffnungen der Welt einen realen Inhalt geben wollen, dann müssen wir vor allen Dingen dafür sorgen, daß das **Mitbestimmungsrecht der Arbeiter** in den Betrieben durchgeführt wird und daß nicht mehr die gleichen Kräfte in Wirtschaft und Verwaltung herrschen, die sich auch heute schon wieder als unfähig erwiesen haben, nur die einfachsten Probleme der Not zu lösen. Nur wenn wir diese Kräfte ausschalten, dann werden auch die Arbeiter der anderen Länder sagen: Jawohl, dieses Deutschland ist nicht mehr dasselbe wie das Deutschland, das die Welt zweimal ins Unglück gestürzt hat. Solange das aber nicht geschieht, zeigen wir nur, daß sich nichts geändert hat und das Mißtrauen in den anderen Ländern wird zur Waffe gegen unser Volk.

### Nicht Worte, sondern Taten!

Die bürgerlichen Parteien haben bisher nicht bewiesen, daß sie aus der Vergangenheit gelernt haben. Noch hat auch die Arbeiterschaft nicht die Lehre gezogen, denn die Spaltung ihrer Kräfte ist noch nicht überwunden. Die Völker, die durch Deutschland gelitten haben, aber wollen nicht nur Worte hören, sondern Taten sehen.

### Hilfe für die Konzerne oder für das Volk?

Geld ist eine gute Sache, aber wo man so geschenkt, soll man vorsichtig sein. Aus der Vergangenheit wissen wir, daß ausländische Kredit an die deutschen Konzerne ungeheure Lasten für das werktätige Volk mit sich bringen. Wenn Staatssekretär Eberhard die Zusicherung einer Anleihe von 1 Milliarde Dollar für die amerikanische und britische Zone als Fortschritt begrüßt, so muß man ihm die Frage stellen: wird sich dieser Kredit nicht nachteilig für das Volk auswirken, wenn ihn eine Industrie erhält, die heute noch in den gleichen Händen ist, wie im ersten und zweiten Weltkrieg?

Werden diese Gelder an deutsche Kapitalisten gegeben, bevor das Mitbestimmungsrecht durchgesetzt ist, so wird die Arbeiterschaft zum Spielball reaktionärer Mächte und Kräfte.

### Den Frieden vorbereiten!

Zu den Vorbereitungsarbeiten für den Frieden schlägt die Kommunistische Partei vor, daß wir uns an die Parteien in den anderen Ländern und Zonen Deutschlands wenden, um gemeinsame deutsche Vertreter zu bestimmen und die Mitarbeit der deutschen Parteien bei den Konferenzen vorzubereiten. Das Sekretariat, das sich mit den Fragen des Friedens befassen soll, kann nur die Aufgabe haben, die deutsche Bevölkerung auf die wirklichen Grundbedingungen hinzuweisen und vorzubereiten, die für den Frieden von uns selbst erfüllt werden müssen.

## Volksprotest gegen das Mannheimer Schandurteil

Die Mannheimer Strafkammer hat den SS-Hauptsturmführer und Polizeihauptmann Otto Böse, der drei Mannheimer Bürger noch am letzten Tage der Hitlerherrschaft in Mannheim kaltblütig ermorden ließ, zu nur 2 Jahren Gefängnis, unter Anrechnung von 6 Monaten und 25 Tagen Untersuchungshaft, verurteilt. Seine beiden Komplizen, die Polizisten Otto Hecker und Joseph Lauber wurden freigesprochen.

Dieses Urteil hat einen Sturm der Empörung in der Mannheimer Einwohnerschaft hervorgerufen. Annähernd 2000 Mannheimer Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte waren dem Rufe des Mannheimer Gewerkschaftsbundes gefolgt und protestierten im überfüllten Rosengarten gegen dieses Urteil.

Der Vorsitzende der Mannheimer Metallarbeiter, Paul Schreck, erklärte, daß die Arbeiterschaft noch nie großes Vertrauen zur deutschen Justiz gehabt habe, aber durch solche Urteile wird dieses Vertrauen nicht stärker.

Der Antrag des Oberstaatsanwaltes, der für Böse 5 Jahre Gefängnis beantragte, war bereits ein Faustschlag in das Gesicht der Mannheimer Bevölkerung, wieviel mehr das Urteil. Was in den Lauernden Gärten vor sich ging, war nicht Totschlag, sondern Mord. Wer kann da noch von Gerechtigkeit reden. Staatsanwalt und Richter haben nicht nach dem Willen des Volkes gehandelt, sie haben eine neue Klassenjustiz aufgerichtet und dessen klagen wir sie hier an.

Wir wollen den Aufbau nicht stören, man soll aber nicht denken, daß, wenn wir ruhig sind, wir nicht wachsam wären. Wir sind bereit, gegen die Reaktion den Kampf aufzunehmen. Das Urteil muß kassiert werden, das ist die Pflicht der württembergisch-badischen Regierung, die Mörder müssen vor ein Geschworenengericht gestellt werden.

Der einzige Augenzeuge, Jakob Sommer, schilderte in bewegten Worten die näheren Umstände, unter denen der Mord geschah. Er erinnerte daran, daß bei dem Begräbnis der drei Ermordeten auf dem Mannheimer Friedhof der jetzige Landesdirektor Zimmermann das Versprechen abgegeben hat, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der Mord gesühnt ist. Dieses Versprechen haben wir einzulösen. Der Redner prangerte die Mannheimer Justizbehörden an, die es nicht für notwendig gehalten haben, ihn als Zeugen in der Sache zu laden

und zu hören. Wir wollen keine Rache, rief der Genosse Sommer aus, aber wir sind der Auffassung, daß dieses Urteil nichts anderes bedeutet, als die Aufforderung zu neuem Mord. Wir, die beiden sozialistischen Parteien zusammen mit den Gewerkschaften, werden dafür sorgen, daß das Urteil kassiert und daß den Gegnern der Demokratie Respekt beigebracht wird.

In der einstimmig angenommenen

Entschließung

heißt es:

„Die Funktionäre empfinden dieses Strafmaß gegen einen SS-Hauptsturmführer, der bedenkenlos Mordbefehle herausgab, und den Freispruch seiner Helfershelfer als eine Verhöhnung des Rechtsgefühls des schaffenden Volkes. Die nazistische Untergrundbewegung, die ohne Zutun der deutschen Justizbehörden aufgetrieben wurde, wird durch solche Urteile ermutigt, neue Verbrechen gegen die aufbauwilligen Kräfte Deutschlands zu begehen. In der Achtung der Völker und bei außenpolitischen Verhandlungen über die Zukunft des deutschen Volkes erschweren solche Gerichtsurteile unsere Lage. Die Zweifel der Welt an einer demokratischen Entwicklung Deutschlands werden damit erneut bestärkt und der Aufbauwille in unserem eigenen Lande gelähmt.“

Die Funktionäre der Mannheimer Gewerkschaften bekunden ihren Willen, eine reaktionäre Entwicklung in Deutschland nicht zuzulassen. Sie sind bereit, in äußerster Wachsamkeit und Bereitschaft den Kampf gegen den Faschismus für die Demokratie weiterzuführen.

### Franz Dahlem Erich Gniffke

vom Zentralvorstand der Sozialistischen  
Einheitspartei Deutschlands, Berlin

sprechen in MANNHEIM

am Freitag, den 14. März 1947, abends 18.00  
in der Wandelhalle des Rosengartens

Thema:

„Um die Zukunft Deutschlands“

Wir fordern

1. Kassierung des Urteils der Mannheimer Strafkammer gegen die nazistischen Mörder durch Eingreifen der deutschen Behörden. Sofortige Verhaftung der Täter.
2. Aburteilung der Mörder durch ein Geschworenengericht, das aus Vertretern der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und Opfern des Nazismus gebildet wird.
3. Härteres Zupacken der Spruchkammern gegenüber Naziaktivisten.
4. Wirkliche Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft von allen schuldigen Nazisten und Militaristen mit und ohne Parteibuch.
5. Wirkliche Demokratisierung der Verwaltung und Wirtschaft in engster Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebsräten.“

Aus der Versammlung heraus wurde stürmisch die Absetzung der Richter und des Staatsanwaltes verlangt.

Die Mannheimer Arbeiterschaft, die antifaschistische Bevölkerung, wird sich durch reaktionäre Richter und dunkle Kräfte nicht hindern lassen, ihren entschlossenen Kampf für eine wahre Demokratisierung Deutschlands fortzusetzen.

### SED fordert Volksentscheid

In einem Aufruf fordert die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eine gesamtdeutsche Abstimmung über die künftige Staatsform Deutschlands. Alle Parteien und Gewerkschaften werden aufgefordert zu einer gemeinsamen Beratung über die Durchführung des Volksentscheids.

Die SED fordert, wie im Potsdamer Abkommen vorgesehen, konsequente Demokratisierung, Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher, Großbanken und Konzerne, Mitbestimmungsrecht in Produktion und Verteilung der Produkte.

Nur eine geeinte sozialistische Partei in ganz Deutschland kann die Einheit Deutschlands gewährleisten. In dem Aufruf wird die Eingliederung der nominellen Nazimitglieder in den demokratischen Aufbau und die rücksichtslose Bestrafung der Hauptschuldigen verlangt.

Volksentscheid über ein einheitliches Deutschland — sofortige Einsetzung einer deutschen Zentralverwaltung — baldige Bildung einer zentralen Regierung für ganz Deutschland, mit diesen Forderungen schließt der Aufruf. Er zeigt mit völliger Klarheit den Weg auf, den das deutsche Volk gehen muß, wenn es nicht in Elend und Not untergehen will.

Badische  
Landesbibliothek

# Wer ist schuld an der Wirtschaftskatastrophe?

In der Sitzung des Landtages stand der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Wirtschaftskatastrophe zur Debatte.

Der kommunistische Abgeordnete

## Hans Ruess

Mitglied des Bundesvorstandes des Württemberg-Badischen Gewerkschaftsbundes, prangerte die Schuldigen an der Katastrophe an und zeigte die Ursachen unseres wirtschaftlichen Elends auf, indem er ausführte:

„Die Ursachen der Katastrophe auf irgend eine Einmischung höherer Gewalt „abzuladen“, ist der Versuch, sich vor der Verantwortung zu drücken. Gewiß ist die Hauptursache die verbrecherische Nazipolitik, aber es gibt kapitalistische Kreise, die an der Desorganisation unserer Wirtschaft interessiert sind. Kohle und Eisen werden im Schwarzhandel angeboten und erst vor kurzem wurde in der Presse darauf hingewiesen, daß monatlich bis 150 000 t Kohlen verschwinden, deren Verbleib nicht nachgewiesen werden könne.

Solange die Arbeiterschaft nicht in Verwaltung und Produktion maßgeblich eingeschaltet werde, ändert sich an diesen Zuständen nichts. Die wesentliche Ursache unserer Not ist nicht irgend eine höhere Gewalt, sondern sie ist bei den Kreisen zu suchen, die sich heute an unserer Not noch zu bereichern versuchen.

Die Lage der neugeworbenen Bergarbeiter muß menschenwürdig gestaltet werden. Die Gruben gehören in die Hände des Volkes. Man kann nicht die Bergarbeiter für die Sünden der Kohlen-Barone verantwortlich machen, so notwendig die Einführung des Punktsystems gewesen ist, so muß man doch fragen, auf welche Art und Weise es verwirklicht werden soll. Bisher hat es nur nach der bekannten Methode „Mit Speck fängt man Mäuse“ ausgesehen. Der Speck ist dann allerdings ausgeblieben. Genosse Ruess verlangte die Säuberung des Verwaltungsapparates. Gerade im Verkehrswesen, aber auch sonst in der Wirtschaft, zeigt sich, wie die Kräfte, die heute noch an der Macht sind, Aufbau und Verkehr hemmen. Als Beispiel führte der Redner die Maschinenfabrik in Esslingen an, wo 100 000 t Eisen für den Bau von zwei Zirkuszelten verwendet werden, und die Betriebsleitung habe den Betriebsrat, der eine solche Produktion ablehnte, immer wieder zu beeinflussen versucht.

Zum Schluß forderte der Abgeordnete Ruess, daß die Anträge keinerlei Verzögerung durch die Überweisung an den Ausschuß erfahren dürfen. Die sozialen Auswirkungen der Katastrophe bringen ungeheure Härten für die Arbeiterschaft mit sich. Eine Hilfe aus Staatsmitteln, um den Unterschied zwischen dem früheren durchschnittlichen Verdienst und dem Einkommen als Notstandsarbeiter zu überbrücken, sei unbedingt erforderlich.

# Hilfe für die Notstandsarbeiter auf die lange Bank geschoben

Die kommunistische Fraktion stellte anläßlich der Debatte über die Wirtschaftskatastrophe folgenden Antrag:

Für die infolge der Betriebsstillegungen bei Notstandsarbeiten eingesetzten Arbeitskräfte wird ein Zuschuß aus Staatsmitteln gewährt, um die Differenz zwischen dem Lohnneinkommen der Notstandsarbeiter und dem bisher in 40stündiger Arbeitszeit erreichten Durchschnittsverdienst auszugleichen.

Die kommunistische Fraktion verlangte die vorzügliche Behandlung dieses Antrages und die Be-

auftragung des Arbeitsministers mit der Ausarbeitung der näheren Richtlinien. Leider wurde der Antrag mit den Stimmen aller Parteien gegen die der Kommunisten dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Die große Not der schuldlos von der Katastrophe betroffenen Arbeiter verlangt sofortige Hilfe und es ist daher unverständlich, daß nicht nur die CDU und die DVP, sondern auch die SPD durch Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuß die Behandlung des kommunistischen Antrages auf die lange Bank schoben. Jetzt haben die Notstandsarbeiter selbst das Wort. Sie müssen jetzt selbst verlangen, daß ihren gerechten Forderungen Gehör geschenkt wird.

## Unternehmer und Betriebsvereinbarungen

Arbeitsminister Kohl erklärte in der letzten Landtagssitzung, daß das Betriebsrätegesetz des Kontrollrates den Betriebsräten nicht verbiete, in Verbindung mit den Gewerkschaften sich das Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen.

Die Unternehmerorganisationen allerdings haben eine andere Auffassung von den Dingen als die Werktätigen, und ihre Rundschreiben, welche die Ablehnung der Mitbestimmung empfehlen, sprechen eine deutliche Sprache. Sehr deutlich waren auch die Ausführungen, welche Direktor Müller vor kurzem in Mannheim auf einer Sitzung des Chemieverbandes machte. In dieser Scharfmacherversammlung empfahl er allen „Betriebsführern“, auch den nazistisch belasteten, dringend an, allen Forderungen von Betriebsräten, über Lohn- oder Tariffragen eines Werkes zu verhandeln, entschieden entgegen zu treten. Es bestünde sonst nämlich die Gefahr, daß einzelne Unternehmungen den eventuellen „Drohungen“ der Betriebsräte unterliegen könnten und damit dem Unternehmerverband in den Rücken fallen.

Man sieht, die Unternehmer haben sehr schnell den Wert einheitlichen und geschlossenen Handelns begriffen, deshalb sind sie auch nach dem alten Grundsatz „teile und herrsche“ bemüht, Gegensätze innerhalb des schaffenden Volkes hervorzurufen und zu fördern. Aber die Werktätigen wissen, daß nur in der Einheit ihre Stärke liegt und daß es einer geeinten Arbeiterklasse gelingen wird, die dunklen Pläne der Reaktion zunichte zu machen.

## Kriegsgefangenen-Suchdienst in Moskau

Angehörige von im Osten vermißten Soldaten werden darauf hingewiesen, daß ein Kriegsgefangenen-Suchdienst in Moskau eingerichtet worden ist. Wenn die Nachforschungen bei einem deutschen Suchdienst in der Heimat vergeblich gewesen sind, besteht die Möglichkeit, durch Auslandsbrief an folgende Adresse in Moskau Anfrage nach dem Vermißten zu richten: „Moskau 524, Postfach 212“. Der Brief muß in deutscher Sprache geschrieben sein. Folgende Angaben enthalten: Name, Vorname, Dienstgrad, Geburtsdatum, letzte Einheit oder Feldpostnummer, wann und wo zuletzt gewesen und die genaue Anschrift des Absenders.

## Deutschland RUNDschau

- © Fiech und Grotewohl, die Vorsitzenden der SED, nehmen am Landesparteitag der Kommunistischen Partei Hessens am 8. und 9. März in Offenbach teil. Am 12. März sprechen sie auf einer Kundgebung in München.
- © Ein Streik um das Mitbestimmungsrecht wird gegenwärtig im britischen Sektor von Berlin durch die Arbeiter der Schiffswerft und Maschinenfabrik Karl Fiebig durchgeführt.
- © Arbeitsminister Kohl und Vertreter der Gewerkschaften, des Arbeitsamtes, der Presse und des Rundfunks besuchen das Ruhrgebiet, um die Lebensbedingungen der Ruhrbergarbeiter an Ort und Stelle zu studieren.
- © Jungsozialisten für Einheit. Eine starke jungsozialistische Gastdelegation führte unter starkem Beifall der Zuhörer auf einer Konferenz von etwa 300 Jungkommunisten der britischen Zone in Hamburg aus: „Hoffen wir, daß der Tag der Vereinigung der beiden Bruderparteien nicht mehr fern ist. Jungsozialisten darf man nicht immer mit Dr. Schumacher vergleichen.“
- © Zusatzspeisung für Jugendliche fordert die „Arbeitsgemeinschaft“ der Mannheimer Jugend, die einen entsprechenden Antrag der Jungkommunisten befürwortet hat. Der Antrag wurde an die Militärregierung und den Oberbürgermeister weitergeleitet.

- © KPD und SPD fordern Volksentscheid für die Ueberführung der Kohlengruben in die Hand des Volkes. In zahlreichen Urabstimmungen haben sich die Betriebsarbeiter des Ruhrgebiets hinter das Vorgehen der beiden Arbeiterparteien gestellt.
- © 48 Betriebe wurden bis jetzt in der Ostzone an die deutschen Landesregierungen durch die sowjetische Militärverwaltung zurückgegeben und zwar in Sachsen 25, in der Provinz Sachsen 18, in der Mark Brandenburg 5 Betriebe. Es handelt sich dabei um einen Teil der 74 Betriebe, die nach den Ausführungen des Marschalls Sokolowsky in die Hände der deutschen Verwaltung übergehen sollen.
- © Paul Löbe für Zusammenarbeit SPD - KPD. Löbe erklärte am 18. Februar im „Telegraf“, daß er grundsätzlich einer Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD bzw. SED nicht abgeneigt sei. Er halte es nicht für richtig, wenn man im Westen die KPD von der Mitarbeit ausschalte, da in dieser trüben Zeit eine Zusammenarbeit überall notwendig wäre.
- © 652 deutsche Wirtschaftsführer und Techniker hielten, wie aufgefundenen Dokumente beweisen, im April 1945 eine Geheimkonferenz in Basel ab, bei der sie die Weisung erhielten, in neutralen Ländern Arbeit zu suchen und Vorbereitungen für die Rehabilitierung des „Reiches“ zu treffen. Nur wenige wurden gefaßt. Die Mehrzahl erreichte die Schweiz und Schweden, und viele reisten von dort weiter nach Südamerika, besonders Argentinien, wo sie in geschickter Tarnung ihren langfristigen Auftrag in Angriff nehmen.

# 8. März: Internationaler Frauentag

Auf Vorschlag von Clara Zetkin, damals internationale Frauensekretärin, soll der 8. März alljährlich als Internationaler Frauentag gefeiert werden. Sinn und Aufgabe sollte sein, an diesem Tag die breiten Massen der werktätigen Frauen für den Kampf um ihre Rechte zu mobilisieren. Tatsächlich wurde der Internationale Frauentag seit 1911 in Deutschland, Oesterreich, Dänemark, in der Schweiz, in Frankreich und selbst im zaristischen Rußland begangen.

Heute stehen wir auf den Trümmern einer unheilvollen Vergangenheit. Es gibt kaum eine Frau in der Welt, deren Leben nicht getroffen wäre. Hunderttausende von Menschen starben in den Gefängnissen und Konzentrationslagern oder auf dem Schaffot, verkamen auf den Landstraßen, wurden zu Krüppel an Körper und Seele. Millionen und aber Millionen Frauen in allen Erdteilen verloren ihre Männer, ihre Söhne oder Väter auf den Schlachtfeldern, in den Kriegsgefangenenlagern oder in den Lazaretten. Auf dem ausgeplünderten, hungernden und frierenden europäischen Kontinent tragen die Frauen die Hauptlast an den Folgen des Krieges. Sie stehen allein im schwersten Existenzkampf. Millionen Frauen wissen nicht, wie sie Nahrung, Kleidung, Schuhwerk und Feuerung für ihre Familie beschaffen sollen. Die Kinder sterben den entkräfteten Frauen schon im Mutterleib, oder sie müssen mit ansehen, wie ihre Kinder und Männer an Hunger zugrunde gehen.

Nach dem ersten Weltkrieg gelobten Tausende von Frauen: „Nie wieder Krieg!“ Aber was taten die Frauen, um den zweiten Weltkrieg zu verhindern? Ihr Wille blieb im Gefühl stecken. Nur wenige Frauen schritten zur politischen Tat für die Sicherung des Friedens und die Gleichberechtigung der Frau, voran Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. Das Grauen des Nazismus, des zweiten Weltkriegs und seiner furchtbaren Folgen haben die Frauen härter und sehender gemacht und lassen die Erkenntnis reifen, daß es Grundbedingung ist, die Ursachen eines Krieges durch die Entmachtung der Kriegsverbrecher, Kriegsverdiener und Kriegsinteressenten ein für alle mal zu beseitigen.

Ein Großteil der Frauen in Deutschland beginnt zu erkennen, daß sie nur deshalb so vertrauensselig Hitler folgten und damit sich und ihren Kindern dieses furchtbare Schicksal bereiteten, weil sie politisch uninteressiert und ungeschult waren. Der tägliche Kampf um das nackte Leben veranschaulicht unseren Frauen sehr deutlich, daß die täglichen Sorgen, Nöte und Tagesfragen politischer Natur sind und wenn sie sich nicht wehren und um ihre Interessen gemeinsam kämpfen, dann werden sie durch die wieder zur Macht strebenden reaktionären und kapitalistischen Kräfte noch völlig zugrunde gerichtet. Jede Frau hat heute die heilige Pflicht, sich mit allen ihren Kräften für die Sicherung des Friedens einzusetzen. Dazu gehört in erster Linie eine Vereinigung aller antifaschistischen, demokratischen Kräfte und darüber hinaus eine internationale Einheitsfront zur Sicherung des Friedens.

Darum sprechen wir heute nicht mehr von einer proletarischen Frauenbewegung, sondern von einem demokratischen Frauenbund, als der Interessenvertreter aller fortschrittlichen Frauen. So werden die Frauen der Demokratie den Weg bereiten. Für uns deutsche Frauen liegt kein Grund vor, zu verzweifeln, so schwierig die Verhältnisse im Augenblick auch sein mögen. Gehen wir entschlossen unseren Weg und erfüllen unsere Pflicht.

Ueber allen Schranken politischer und religiöser Natur hinweg gilt es, sich die Hände zu reichen. In diesem Sinne grüßen wir zum Internationalen Frauentag am 8. März die Frauen und Mütter der ganzen Welt.  
Käthe Seifried

## In Paris und London Deutsche Kommunisten sprechen für Deutschland

Fritz Nikolaj  
Der Vorsitzende der KP der Saar erklärte in Paris auf einem Empfang bei Außenminister Bidault: „Wir können nicht daran vorbeigehen, auch Ihnen, Herr Außenminister, zu sagen, daß die Kommunistische Partei die Politik der französischen Regierung in der Anschlussfrage nicht anerkennen kann. Dazu gibt es wirtschaftliche und politische Gründe, vor allen Dingen auch Erfahrungen, die wir von 1918 bis 1935 gemacht haben, die uns eindeutig den Beweis liefern, daß die Saarbevölkerung deutsch ist und deutsch bleiben wird.“

Max Reimann  
Der Vorsitzende der deutschen kommunistischen Delegation, erklärte auf dem Parteitag der englischen Kommunisten in London:

Um die deutsche Reaktion daran zu hindern, jemals wieder Krieg gegen Europa und die Welt zu führen, ist die Enteignung der Monopole und der großen Kartelle und die konsequente Entnazifizierung von Wirtschaft und Verwaltung notwendig. Die Ruhrkohle dürfte weder in den Händen der deutschen Monopolisten, noch in den Händen der Kapitalisten anderer Länder bleiben. Wir haben den Wunsch, daß die alliierten Völker Deutschland einen demokratischen Frieden geben, der die demokratischen Kräfte in Deutschland unterstützt.

da  
fü  
sa  
au  
un  
m  
St  
we  
Er  
ha  
Dr  
ms  
str  
sch  
Pa  
ha  
Fr  
we  
lar  
Stu  
bil  
kr  
wt  
un  
sta  
Ge  
fan  
Pa  
ter  
An  
hol  
wil  
so  
her  
un  
sch  
xia  
auf  
ein  
Rei  
Bui  
Pfu  
Ger  
Zig  
der  
lere  
zu  
st  
die

# Winternot 1946/47 - Ursachen und Hilfe

Kältenot und Kohlenmangel haben eine Krise hervorgerufen, die unsere gegenwärtige Lage als den Gipfelpunkt der materiellen Nöte der Nachkriegszeit erscheinen läßt. Die unerhörten Schwierigkeiten, denen sich jeder einzelne im täglichen Leben gegenüber sieht, die Hemmnisse, die sich einem geregelten Gang der Wirtschaft entgegenstellen und die durch die allgemeine Notwendigkeit, überall neu aufzubauen, noch fühlbarer werden, lassen zwei große Fragen entstehen: Mußte es so kommen, — und wie kann Abhilfe geschaffen werden?

Um diese Fragen, deren zweite für Millionen eine Lebensfrage ist, beantworten zu können, muß in erster Linie die Apathie überwunden werden, die sich der den Folgen der Kälte scheinbar wehrlos ausgelieferten Menschen zu bemächtigen droht. Das deutsche Volk muß sich bewußt werden, daß die Überwindung der gegenwärtigen Kältekatastrophe — soweit es in menschlichem Ermessen liegt —, als der stärksten Belastung seit Kriegsende, gewissermaßen eine Bewährungsprobe ist, die zeigen wird, welche Kräfte innerhalb und außerhalb des deutschen Volkes in Notzeiten einen klaren Kopf behalten und praktische Hilfe zu leisten vermögen.

Ein Gefühl der Ausweglosigkeit aus der Not kann nur dort entstehen, wo keine Klarheit über die Ursachen der Not herrscht oder diese Ursachen verschleiert werden sollen. Wenn jedoch Klarheit darüber besteht, daß die Not dieses Winters eine Folge der Tatsache ist, daß Deutschland zwölf Jahre in den Händen eines Verbrecherregimes war, und daß in einem wahnsinnigen Raubkrieg gegen die Lebensinteressen Deutschlands die deutsche Volkskraft und die deutsche Wirtschaft weitgehend vernichtet wurde, — wenn darüber Klarheit besteht, daß dies die tiefste Ursache unserer Leiden in diesem Winter ist, dann ist diese Klarheit bereits der Ausgangspunkt für den Weg, der allein aus dem Elend herausführt.

Wer dagegen behaupten wollte, auch mit der schönsten Demokratie könne niemand vor dem Erfrieren bewahrt, keine Kohle herangeschafft und keine Wasserleitung repariert werden, handelt demagogisch. Denn die Grundlage einer echten Demokratie ist ja gerade eine solche politische Aktivierung der Massen und Weckung ihrer Initiative, welche ein Volk zu Leistungen befähigen, die die Leistungen einer erzwungenen „Volkseinheit“ im Dienst des Imperialismus genau so weit hinter sich lassen, wie die einer Demokratie der hohlen Worte.

Hier liegt die Antwort auf die Frage, ob nicht dieses Ausmaß der Krise hätte verhindert werden können. Es hätte verhindert werden können, wenn man sich in so entscheidend wichtigen Teilen Deutschlands, wie dem Ruhrgebiet, nicht mit demokratischen Worten begnügt, sondern durch eine tatsächliche Demokratisierung die Grundlage für einen organischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft geschaffen hätte. Freilich ist die Kälte selbst weder demokratisch noch faschistisch, aber durch die Entmachtung der Kräfte des Rückschritts und der Zerstörung: der Naziaktivisten, Monopolherren und Junker in ganz Deutschland wären die Voraussetzungen für einen demokratischen Aufbau und damit einer Sicherung des Volkes vor Krisen in diesem Ausmaß, wie wir es

erleben mußten, geschaffen worden. Ein einheitlich demokratisch verwaltetes, nicht in Zonen zersplittertes Deutschland hätte dem Einbruch des Winters bei weitem besser gerüstet gegenübergestanden.

Und darin ist auch die Antwort auf die zweite Frage: Wie verhindern wir weitere Schäden am Organismus der Einzelnen und der Wirtschaft? Dadurch, daß in West- und Süddeutschland an die Stelle des Wartens auf Maßnahmen seitens einer Verwaltung die sich bisher von den noch immer starken negativen Kräften tragen ließ, die Solidarität und Initiative der Massen der Werktätigen selbst tritt. Nach dem Beispiel jener „Aktivisten der ersten Stunde“, die durch ihren Einsatz das Weiterleben des Volkes nach dem Zusammenbruch sicherten und unter der Leitung derjenigen, die bewiesen haben, daß ihnen Demokratie und Sozialismus keine leeren Worte, sondern die Grundlage einer besseren Lebens sind, das wir uns aufbauen wollen, — gibt es auch aus der gegenwärtigen schweren Not einen Ausweg und Aufstieg.

P. L.

Alle Mitglieder der KPD beteiligen sich am **Allgemeinen Schulungstag** im Monat März. — Thema: **KPD und Gewerkschaften** Schulungsblätter sind durch die Kreisleitungen erhältlich.

## Die Wahrheit über den Stand der Kohlenförderung Fortschritt und Aufbau sind stärker als Lügen

Ein Teil der deutschen Presse ist seit einiger Zeit bemüht, systematisch die Tatsache zu leugnen, daß der Wiederaufbau im Osten Deutschlands dem im Westen weit voraus ist. Aber Tatsachen sind stärker als Lügen.

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau in der sowjetischen Zone, Lähne, konnte auf einer Sitzung des Zentralvorstandes dieser Gewerkschaft bemerkenswerte Aufschlüsse über die deutsche Kohlenwirtschaft geben. Im Jahre 1938 betrug die deutsche Steinkohlenförderung 187 Millionen t. Hiervon lieferte das Land Sachsen 3,44 Millionen t. Die Braunkohlenförderung und -verarbeitung betrug 213 Millionen t. Auf dem Gebiet der sowjetischen Zone wurden im Jahre 1943 180 Millionen t Braunkohle gefördert.

Dank den in der Sowjetzone für die Bergarbeiter und damit für die Hebung der Produktion geschaffenen günstigen Bedingungen konnte schon im September 1946 ein Produktionsstand erreicht werden, der bei der Steinkohle 74 Prozent, bei der Rohbraunkohle 91 Prozent und bei der Brikettherstellung 97 Prozent der Produktionshöhe des Jahres 1938 erreichte. Im Jahre 1947 soll die Produktion um 15 Prozent gesteigert werden.

## Gedenktage DER WOCHE

- 6. 3. 1919 Gründung der Kommunistischen Internationale in Moskau.
- 1910 Wahlrecht demonstration im Berliner Tiergarten gegen Dreiklassenwahlrecht in Preußen.
- 1475 Michelangelo, italienischer Maler und Bildhauer, geb.
- 7. 3. 1850 Georg Ledebour, Sozialist, geb.
- 8. 3. 1918 Revolution in Petersburg.
- 1910 Internationaler Frauentag durch sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen beschlossen.
- 9. 3. 1933 Georgi Dimitroff in Berlin verhaftet.
- 10. 3. 1919 Leo Jogiches, Mitbegründer des Spartakusbundes, ermordet.
- 1772 Friedrich Schlegel geb.
- 11. 3. 1911 Sturz der Mandschu-Dynastie, China wird Republik.
- 12. 3. 1938 Oesterreich wird das erste Opfer der Hitler-Aggression.
- 1925 Sunyatsen, der große politische Reformator Chinas, in Kanton gest.
- 1917 Beginn der Februar-Revolution in Rußland. (Kalender alten Stils 27. Februar).

## Kaum zu glauben — aber wahr

Dr. Grütte berichtete in der Gelsenkirchener Stadtverordneten-Sitzung, daß die ersten Fälle von Verhungern festgestellt wurden.

In Weiden wollte man den Oberregierungsrat Ludwig Höpfer, der seit 1933 bei der SA war und 1935 P.g. wurde, für die Stellung eines Rechtsrates der Stadt vorschlagen. Major Ganer erklärte, bei 80 Millionen, von denen 37 Millionen Nicht-P.g. sind, müsse man fähige demokratische Köpfe finden.

Bei Untersuchungen, die Dr. Lankes anstellte, um Kinder für ein Schweizer Hilfswerk auszusuchen, wurde der achtjährige Karlheinz Wärmelinghof, der 1,63 Meter groß ist, gewogen. Er hatte ein Gewicht von 25 Pfund und sieht aus wie ein vierjähriges Kind.

Bei einer Registrierung von Nazis in Salzburg hatte man den Eindruck gehabt, es handelte sich um einen Ministerempfang. Auto um Auto fuhr vor das Gebäude. Da spricht man noch von Benzinmangel!

In Dortmund gingen die Bäckereien dazu über, Brot nur gegen Kohlen abzugeben. Das Ernährungsamt stellte sofort diese Zumutung ab.

Die amerikanische Zonenpolizei verhaftete den 39jährigen Arzt und früheren Luftwaffen-Hauptmann Max Schmidt, der angeschuldigt ist, 1944 aliierte Soldaten enthaupert und zerstückelte Körperteile in Alkohol konserviert zu haben. Schmidt war schon lange Zeit gesucht und bis zu seiner Verhaftung im Auftrage der amerikanischen Militärregierung tätig.

# Direktor Schmidt, vom Waldhof-Konzern nur Mitläufer?

Unsere Antwort an den Spruchkammervorsitzenden

Um es vorweg zu nehmen: Direktor Dr. Erwin Schmidt vom Waldhof-Konzern wurde in der öffentlichen Spruchkammersitzung vom 26. 2. 1947 als Mitläufer eingestuft und hat eine Buße von 1000.— Mk. zu zahlen.

Wenn wir heute nochmals zu dieser Sache Stellung nehmen, so veranlaßt uns dazu die von dem Vorsitzenden der Spruchkammer in seiner Begründung zum Urteil gemachte Bemerkung, daß

1. der Satz: „Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen“ nur eine Redewendung bzw. Phrase sei.
2. Daß die von Herrn Schmidt stets geäußerten Führerverherrlichungen keine Belastung wären, da sie durch die Zeitumstände als Anhängsel einer Rede bedingt gewesen seien.
3. Daß die Spruchkammer Mannheim stets alle Möglichkeiten zur Rechtsfindung erschöpft und stets auch Recht gesprochen hätte, ohne sich von irgend einer Seite beeinflussen zu lassen.

Wir haben wohl verstanden, daß gerade der Punkt 3. auf die Badische Volksstimme gemünzt war und können nicht umhin, da der Herr Vorsitzende in öffentlicher Sitzung diesen Vorwurf gegen uns erhob, ihm genau so öffentlich zu antworten.

Bis zum heutigen Tage haben wir es vermieden, die Spruchkammer selbst in irgend einer Form anzugreifen, da wir wohl wissen, daß Mängel und Fehler der Urteile in erster Linie nicht in der Spruchkammer, sondern im Entnazifizierungsgesetz selbst begründet sind. Auch wird die Spruchkammer bei der von ihr so sehr betonten objektiven rechtlichen Beurteilung zugeben, daß

unsererseits bis heute alles getan wurde, um helfend bei Klärung der uns bekanntgewordenen Fälle mitzuwirken. Wenn wir gerade im Falle Schmidt seitens des Vorsitzenden eine „Würdigung“ erfahren, so sei auch uns gestattet, einmal kritisch den Gang der Verhandlung zu beleuchten.

Wir haben bereits am Tage vor der Verhandlung schon auf einen weiteren Führerverherrlichungsartikel in einer Wirtschaftszeitung hingewiesen. Wir legten am 7. 2. 1947 dem öffentlichen Kläger die Fotokopie von Feldpostbriefen vor. Wir verwiesen auf Anfrage des öffentlichen Klägers auf die von Schmidt getätigten Aushänge anlässlich des Ueberfalls auf Rußland hin.

Wir fragen Sie, Herr Vorsitzender,

1. aus welchem Grunde wurde der Fall Schmidt außerhalb der Reihe auf die Tagesordnung vom 26. Februar gesetzt, obwohl an diesem Tage schon vier andere Fälle zur Verhandlung anstanden, ja sogar das gesamte Februar-Verhandlungsprogramm festlag? Wir und die gesamte Öffentlichkeit können es nicht verstehen, aus welchem Grunde ausgerechnet Herr Schmidt in diesem überstürzten Tempo unter Zurückstellung von vier anderen Fällen bevorzugt wurde.
2. Warum ließen Sie sich, Herr Vorsitzender, nicht das Original dieser Wirtschaftszeitung vorlegen und begnügten sich mit einer nichtssagenden Erklärung des Betroffenen selbst?
3. Aus welchem Grunde gingen Sie überhaupt nicht auf die vorgelegten Feldpostbriefe ein?
4. Warum übergingen Sie vollkommen die Anschläge am schwarzen Brett anlässlich des Beginns des Rußlandfeldzuges?
5. Dr. Schmidt machte geltend, und dies war ja für die Kammer absolut nicht belastend, daß die Aussäße in drei Abteilungen stattfanden und er

als Redner der einen Abteilung zu dieser Verherrlichungsaktik gezwungen war. Fiel es Ihnen nicht auf, warum wohl die Führer der anderen Abteilungen keine solchen bombastischen Reden führten?

6. Das Führertelegramm zur „Errettung“ 1944 war angeblich „vorgeschrieben“. Wer, wie wir, die Verhältnisse genau kannte und auch heute kennt, weiß, daß es zahlreiche aufrechte Betriebsführer in Mannheim gab, die kein Telegramm absandten. Eigenartig, daß ausgerechnet Herr Schmidt sowohl den Anschlag beim Rußlandfeldzug, die Feldpostbriefe und das Telegramm unterschrieb, obwohl er nicht der eigentliche Betriebsführer war, sondern, nach eigener Aussage, nur der Stellvertreter, oder glauben Sie, Herr Vorsitzender, daß in allen Fällen der Betriebsführer krank war und Herr Schmidt ihn vertreten mußte?

Soweit unsere rein sachlichen Fragen. Im übrigen weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß wir es ablehnen müssen, unsere Veröffentlichungen als versuchte Beeinflussung hingestellt zu sehen. Die Öffentlichkeit, die wir wohl besser kennen, als Sie, Herr Vorsitzender, hat ein Recht darauf, über Fälle, wie den vorgenannten, unterrichtet zu werden, selbst wenn es einer hohen Spruchkammer nicht passen würde. Daß natürlich die Berichterstattung uns oft gerade durch die Spruchkammer sehr erschwert wird, mag schon daraus ersichtlich sein, daß wir auf zahlreiche Anfragen an diese Kammer oder an den öffentlichen Kläger entweder überhaupt keine Antwort, oder eine solche erst auf verschiedene Reklamationen nach langen Wochen und Monaten erhalten. Ob dieses Gebahren geeignet ist, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu den Spruchkammern zu stärken, überlassen wir der Beurteilung unserer Leser. Wir haben im Falle Schmidt Ihnen nichts mehr zu sagen.

# Unter der Lupe

Mannheim

## Gedankenlose Behörden!

Das Mannheimer Wirtschaftsamt hat in Anbetracht der Kälteperiode bekanntlich denjenigen Haushaltungen zusätzlich Brand zugeteilt, die kein Gas haben. Wenn die Menge auch nur eines Tropfen auf einen heißen Stein darstellt, ist dies doch ein Stückchen löblicher Wille — aber nutzlos, wenn unbesonnene Bürokratie den Erfolg illusorisch macht.

Daß in Anbetracht der engen Wohnraumbelegung nicht jeder Mannheimer Einwohner eine gesonderte Rechnung der Stadtwerke über Gas, Licht usw. erhält, dürfte vermutlich auch den maßgeblichen Stellen des Wirtschaftsamtes bekannt sein. Daß aus dem gleichen Grunde eine Familie eines Hauses über Gas verfügt und die andere nicht, ist ebenfalls kein Geheimnis. Dennoch verlangt der Kohlenhändler getreu der behördlichen Anweisung die Rechnung der Stadt. Werke zum Beweis, daß der Kunde kein Gas bezieht. Erfolg: **Ungezählte Mannheimer mußten wieder abziehen und weiter frieren**, da erst Rückfragen beim Wirtschaftsamt angestellt werden müssen, welcher Beweis für das Fehlen des Gasanschlusses ersatzweise angetreten werden darf.

Mit Stadtratsbeschlüssen, die der Not nach Möglichkeit zu steuern versuchen, ist es allein nicht getan! Man darf darüber hinaus zumindest von den Verwaltungsbehörden einer Stadt, die den Notstand über sich verhängt sieht, erwarten, daß ihre Anordnungen präzise sind und den durch die Not bedingten Eventualitäten Rechnung tragen — insbesondere, wenn der größten Gefahr für Wohl und Wehe der Bevölkerung gesteuert werden soll. Lehrlinge werden vermutlich wegen derartiger Gedankenlosigkeit entlassen!

Heidelberg

Unseren Lesern ist sicher noch die vor kurzem durch die Presse gegangene Meldung bekannt, wonach der Kohlenhändler

**Kurt Isengard**

wegen Verschiebung ganz erheblicher Kohlenmengen verhaftet wurde. Wir hätten erwartet, daß gerade die Stadtverwaltung Heidelberg zu diesen Vorwürfen ausführlich Stellung nimmt, da immerhin in die Angelegenheit auch verschiedene Heidelberger Stadträte verwickelt sein sollen, außerdem Isengard allein 800 Ztr. Kohlen an einen Eßlingermeister unberechtigter Weise geliefert hätte.

In Nr. 18 der RNZ vom 11. 2. gibt die Städtische Pressestelle in Heidelberg, sowie auch der Oberstaatsanwalt, Antwort auf die öffentliche Anfrage der KPD. Nach dieser trifft es zu, daß Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen,

unberechtigt Kohlen bezogen haben. Warum scheut man sich, diese Personen mit Namen zu nennen? Man hat doch auch in schmutzigster Weise den Namen des verstorbenen **Arbeitsministers Bock** veröffentlicht und den Versuch gemacht, den Eindruck zu erwecken, als sei derselbe in diese Affäre verwickelt, trotzdem man genau wußte, daß dies nicht den Tatsachen entspricht, was auch durch das Schreiben des Bürgermeisters Lenhardt an die frühere Sekretärin des Arbeitsministers Bock klar hervorgeht. Es heißt da wörtlich:

„In Beantwortung Ihres Briefes vom 1. 2. 47 darf ich Ihnen mitteilen, daß wir uns in der Bewertung der

**lauteren Persönlichkeit von Herrn Bock**

völlig einig sind. . . . . Da mir alles andere daran liegt, als das Andenken von **Herrn Max Bock** zu beschmutzen, werde ich sowieso auf die Angelegenheit noch öffentlich zurückkommen.“

Auf dieses Zurückkommen, Herr Bürgermeister Lenhardt, warten wir heute noch!

In diesem Zusammenhang hätten wir gerade an Sie noch zwei Fragen, um die Gerüchte, die seit einiger Zeit in Heidelberg kursieren, zu klären:

1. entspricht es der Richtigkeit, daß Sie, Herr Bürgermeister Lenhardt, bei Ihren Eltern in der Kaiserstraße wohnhaft sind,
2. daß kurz nach Ihrem Amtsantritt als Bürgermeister eine beträchtliche Menge Kohlen (diesmal aber nicht von Isengard) für Sie oder Ihre Eltern angeliefert wurden? KPD Heidelberg.

Rauenberg

Auch hier scheint es an der Zeit zu sein, die von der CDU gepachtete christliche Nächstenliebe etwas näher zu beleuchten. Abgesehen von dem Kasernenhofen des Herrn CDU-Bürgermeisters, dem naturgemäß auch sechs CDU-Gemeinderäte Hilfsstellung bei dem schweren Amte des „Regierens“ leisten, fragen wir den Herrn CDU-Gemeinderat

**Ferdinand Laler**,

ob es richtig ist, daß er sich eine Fuhr Kohlen von zirka 30—40 Zentner organisierte und aus welchem Grunde seine Tochter den Klein- und Kleinstkindern von der ihnen zustehenden Milch oft bis zu einem Drittel vorenthalten soll.

Wertheim

Ganz mysteriöse Diebstähle und Einbrüche werden aus Wertheim gemeldet. Da wurde z. B. kurz vor Weihnachten beim Lebensmittelhändler **König**, trotzdem vor dem Einbruch kaum Butter bei ihm zu bekommen war, ein halber Zentner Butter entwendet. Oder: Da ist der Schuhhändler **Kappel**, bei dem

### Hinweis für unsere Mitglieder!

Um Rückfragen zu vermeiden, bitten wir unsere Mitglieder, jeden Wohnungswechsel der zuständigen Ortsgruppenleitung mitzuteilen.

Kommunistische Partei Deutschlands Landesleitung Baden.

# Gegen das Verbot des Anbaues von Hybridenreben

Am 9. Februar fand in Wiesloch eine Stützpunktkonferenz der Kommunistischen Partei statt, auf der zu dem noch immer bestehenden Anbauverbot für Hybridenreben (Amerikaner-Reben) Stellung genommen wurde. Die Konferenz nahm folgende Entschliebung einstimmig an.

### Entschliebung.

„Die derzeitige Notlage auf ernährungspolitischem Gebiet zwingt uns, gegen das noch bestehende Verbot des Anbaues der Hybridenreben mit aller Schärfe zu protestieren. Da das ausgerottete Weinberggelände zum größten Teil heute noch brachliegt und in dem Bebauungsplan wegen seiner gebirgigen Lage nicht einbezogen werden kann, ist es ein zwingendes Erfordernis, dieses Verbot, das ja nur den kleinen Mann trifft, mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Die angebliche Gefahr der Verbreitung der Reblaus dürfte unseres Ermessens nicht gegeben sein, da ja Edelreben auf Hybridenholz gepflanzt als Propfreben in den Handel kommen. Den Werktätigen ist es heute unmöglich, sich ein Glas Wein zu leisten, da die anfallende Menge Edelwein in keiner Weise den Bedarf deckt. Der Hybridenwein, ein ausgesprochener Haustrunk

und Konsumwein, ist nun einmal das gegebene Volksgetränk, und wir verlangen daher die Beseitigung des bestehenden Gesetzes.“

Mit dieser Entschliebung ist der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land aus dem Herzen gesprochen. Immer dringender stellen die Bauern, die Kleingärtner und die Arbeiter die Forderung nach Beseitigung des nicht zu rechtfertigenden Verbots für den Anbau der Hybridenrebe. Die kommunistische Landtagsfraktion hat sich die Wünsche der breiten Volksmassen zu eigen gemacht und wird im Landtag einen entsprechenden Antrag auf Aufhebung des Anbauverbotes stellen. Dieser Antrag der Kommunisten muß aber auch von der ganzen Bevölkerung unterstützt werden. In Bauernversammlungen, in Versammlungen der Kleingärtner und Siedler muß zum Hybridengesetz Stellung genommen und in Entschliebungen, die schriftlich niederzulegen sind, die Aufhebung des Verbots gefordert werden. Die Entschliebungen sind dann an uns und an die Landtagsfraktionen der einzelnen Parteien, sowie an die örtliche Tageszeitung einzusenden. Nur wenn der Antrag der Kommunisten von dem ganzen werktätigen Volke aktiv unterstützt wird, besteht Aussicht, daß auch der Landtag zustimmen wird.

## Ist immer der Bauer schuld?

Der Bauer erhält heute für jeden Doppelzentner Getreide 20 Mk., ob Weizen, Roggen oder Gerste. Ein Paar Werktagsschuhe kosten 21 Mk. und ein Peitschenstock 4 Mk. Alle Arbeiten beim Schmied, Wagner, Blechner, Schuster oder Schreiner haben nun 200—300 Prozent aufgeschlagen. Ein Brot zu backen kostet heute 20 Pfg., früher 5 Pfg. Haarschneiden und Rasieren 1,10 Mk., früher das ganze Jahr 3 Mk. auf dem Lande. Ehemals erhielt der Bauer aber für einen Doppelzentner Weizen nicht 20 Mk., sondern 28 Mk. Wo bleibt hier die Preisüberwachung? Die Hausschlachtung wird von der Erfüllung der Ablieferungspflicht abhängig gemacht. Wo bleiben aber die energischen Maßnahmen gegen Schwarzschlächter und Schieber? Warum werden die Hamsterlager dieser Schieber- und Großhändler nicht untersucht, wie beim Bauer, dem man das Haus auf den Kopf stellt.

Wer ist schuld daran, daß bei einem Viehtransport aus Bayern, der bei einer Kälte von minus 20 Grad, 8 Tage unterwegs war, 10 Stück Großvieh verendet sind. Ist da auch der Bauer schuld, oder ist es nicht der unfähige bürokratische Apparat, der nicht in der Lage ist, den Schieberungen und dem Schwarzhandel energisch zu Leibe zu gehen. Es ist nicht zu bestreiten, daß es auch gewissenlose Bauern gibt, die sich ihrer Pflicht dem deutschen Volke gegenüber nicht bewußt werden. Auch diesen muß natürlich tatkräftig entgegengetreten werden.

Die Not in Deutschland kann nur überwunden werden, wenn Arbeiter und Bauer erkennen, daß sie aufeinander angewiesen sind und wenn sie zusammenstehen und zusammenhalten. Nur so können wir im Kampfe gegen Saboteure, Schieber und Schwarzhändler, sowie im Kampfe gegen Bürokratismus und Reaktion den Sieg davontragen.

Herrmann Kreichgauer

## Viehdecken-Tragik

Aus Ispringen schreibt man uns nachfolgenden Brief, in dem der Unwille des Volkes über die noch herrschende behördliche Bürokratie drastisch und treffend zum Ausdruck kommt:

„Landwirt L. benötigt Viehdecken. Sattlermeister H. hat Viehdecken zu verkaufen gegen Bezugschein. Sehr einfach! Der Ortsbeauftragte beschneidet die Notwendigkeit, das Landwirtschaftsamt schreibt den Bezugschein und alles ist in Butter. Doch halt, so einfach geht die Sache doch nicht. Da werden noch einige Dutzend Instanzen dazwischengeschaltet, die auch ihren Daseinszweck beweisen sollen. Um die Decken zum Vieh zu bringen, braucht man Ortsbeauftragte, Wirtschaftsämter, Landwirtschaftsämter, Ernährungsämter, Landeswirtschaftsämter, Landeslandwirtschaftsämter, Landesernährungsämter und Wirtschaftsministerium. Außerdem noch Stellen, die sich mit der Erfassung, Sammlung, Lagerung, Verarbeitung, Registrierung und Verteilung der Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren befassen. Bis sich das Zettelchen, genannt Bezugschein, durch diesen Irrgarten hindurchgefunden hat, sind die Decken beim Sattlermeister vermodert. Decken wir also den Mantel des Vergessens darüber. A propos Mantel! Haben Sie nicht einen alten Mantel übrig, der sich noch als Viehdecke verwenden ließe? Ich gebe Dachreiter dagegen. Es ist schwer, Nicht an Sabotage zu denken.“

sters Platz und der CDU Stellung genommen, worauf sich der Herr Bürgermeister von Wertheim veranlaßt sah, angeblich im Auftrage des Landrates zu verlangen, daß unser Aushang entfernt würde, da es nicht statthaft sei, im öffentlichen Amt stehende Personen anzuprangern!

Wir denken nicht daran, die CDU für die Kapriolen einzelner Mitglieder verantwortlich zu machen. Wir verharren uns aber ganz entschieden gegen Methoden eines Bürgermeisters, der im Stile diktatorischer Maßnahmen zu verhängern sucht, daß Korrektheit und Sauberkeit auch bei den Personen vorherrscht, die im öffentlichen Amt stehen. Mit Brunnenvergiftung hat dies nichts zu tun; wir haben nur den einen Wunsch, daß die CDU in Zukunft beim Kampf um Sauberkeit und Recht etwas konsequenter sein möge. Dazu gehört, daß man den Küster Platz zunächst einmal von seinen Aemtern suspendiert hätte, anstatt durch stillschweigende Duldung seine Tat de facto zu decken.

Im Uebrigen fragen wir den Herrn Landrat, auf Grund welchen Gesetzes er dem Bürgermeister die Anweisung gab, die Entfernung unserer Stellungnahme zu verlangen.

**Wenkheim**  
Bei einer stattgefundenen Gemeindeversammlung beantragte Bürgermeister Steger, daß die Flüchtlinge, trotzdem die meisten von ihnen in Würzburg beschäftigt und täglich durch die schlechten Verkehrsverhältnisse fast 13 Stunden unterwegs sind, ihr Holz

in ihrer Freizeit selbst zu machen hätten. Auf den Hinweis einer Flüchtlingsfrau, daß sie dann gezwungen wären die Arbeit zu versäumen und die Schwerarbeiterkarte entzogen würde, stürzte sich der Bauer

**Adam Baumann, Haus Nr. 45**, auf die Frau und traktierte sie mit Schlägen. Die empörte Öffentlichkeit verlangt mit vollem Recht nicht nur die Bestrafung dieses christlich-demokratischen Rowdies, sondern auch die zur Rechenschaftziehung des Bürgermeisters, der solche Terrormaßnahmen gegen Flüchtlinge duldet. Wieso kommt es überhaupt, daß der von der Militärregierung abgesetzte **Altbürgermeister Thoma**, der zwölf lange Jahre zur größten Zufriedenheit der Nazis sein Amt versah, heute noch auf dem Rathaus seinen Dienst versieht? Was sagt hierzu überdies der zuständige Landrat?

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S. 3, 10 Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S. 3, 10. Tel. Nr. 43260. Auflage: 5000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. L. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

man, wie in vielen Geschäften, keine Schuhe bekommt. In der Silvesternacht wird eingebrochen und es verschwinden für über 1000 Mark Schuhe! Eigentümerweise kamen die lusternen Interessenten nicht durch das Fenster, sondern durch die offene Hintertür. Oder: Da ist noch im „Verein der Ausgeräumten“ die Fürstl. Wertheim-Löwensteinische Kellerei. Der evtl. dringende Bedarf zur Stärkung eines Kranken war nicht da. Zum fröhlichen Christfest jedoch wurden aus der „leeren“ Kellerei 40 Flaschen bester Bocksbeutel gestohlen. Sehr merkwürdig, daß die Spitzbuben in allen drei Fällen so genau Bescheid wußten.

Lindelbach

Anscheinend sind auch hier die Bestimmungen über die Säuberung der Behörden von nazistischen Elementen noch nicht bekannt geworden. Wäre es doch sonst kaum möglich, daß seit Juni 1946 ein Herr

**Hugo Stammer**,

alter Pk. seit 1937, desgleichen tüchtiger SA-Mann, als „Gemeindehelfer“ mit der Funktion des Ratschreibers von dem Bürgermeister beschäftigt wird. Vielleicht kann uns auch der Bürgermeister Auskunft darüber geben, ob es stimmt, daß der ehemalige Polizeibeamte und Pk. seit 1938, **Nicolaus Ries**, als „schwarzer Gewerbetreibender“ im Spätherbst 1946 20 Zentner Briketts zugeteilt erhielt, während die Flüchtlinge sich mühselig ihr Brennmaterial im Walde holen müssen. Oder sollten die beiden Pks. sich aus bestimmten Gründen der besonderen Fürsorge des Herrn Bürgermeisters Friedlein erfreuen?

Dörlesberg

Durch die Tagespresse ging vor zirka acht Tagen die Meldung über einen großen k.o.-Sieg der CDU in Dörlesberg. Kurz zusammengefaßt, war derselbe dadurch entstanden, daß der Küstermeister **Ulrich** in der katholischen Kirche während dem Stillgebet bei der hl. Handlung von dem christlichen Küster

**Platz**

zwei christlich-demokratische Fausthiebe ins Gesicht verpaßt bekam. Damit aber nicht genug, schlug der streitbare Kirchendiener seinem Glaubensgenossen Platz den vollen Klingelbeutel auf den Kopf, um anschließend den Klingelbeutelstab als handfesten Knüttel weiter zu gebrauchen, bis derselbe in Trümmer ging.

Die Staatsanwaltschaft Mosbach stellte die Anzeige der Polizei, die natürlich auf Störung eines öffentlichen Gottesdienstes und schwere Körperverletzung lautete, ein mit dem Bemerkens, daß ein öffentliches Interesse nicht vorhanden sei.

Die kommunistische Partei hat in einem Aushang in Wertheim in dieser Frage zum Verhalten des Kü-